

Krefeld: Mehr als 1400 Euro für einen Asylbewerber – pro Tag!



Von EUGEN PRINZ | In Deutschland haben wir eine geradezu obszöne Steuerlast zu tragen, die zweithöchste weltweit. Nur in Belgien wird den Arbeitnehmern noch mehr vom Brutto abgeknöpft als hierzulande, erfahren wir aus einer im April veröffentlichten Studie der OECD. Nicht nur die Arbeitnehmer, auch die Selbständigen können ein Lied davon singen.

Zweithöchste Steuerlast der Welt – und noch nicht genug

Und weil das immer noch nicht genügt, werden jene Deppen, die morgens aufstehen und zur Arbeit gehen, um die nötigen Euronen für die wachsende Zahl fremder Kostgänger unseres Sozialsystems zu erwirtschaften, in Kürze unter dem Deckmäntelchen des Klimaschutzes auch noch mit einer Luftsteuer – Verzeihung – CO₂-Abgabe beglückt, die alles, aber auch wirklich alles, mit dem wir es im täglichen Leben zu tun haben, verteuern wird.

Nun mag sich der naive Bürger damit trösten, dass die Regierung verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umgeht und zum Wohle des Staatsvolkes investiert.

Die Flüchtlinge sind uns lieb und teuer

Das mag stimmen, wenn man die Alimentierung eines minderjährigen unbegleiteten Flüchtlings mit durchschnittlich

5000 Euro monatlich als solche nützliche Investition versteht. Tut man das, darf man sich darüber freuen, dass das Land Hessen noch viel großzügiger ist und sich den hoffnungsvollen Nachwuchs aus dem Morgenland, der in Form von „Ankerkindern“ ohne Eltern in unser Land kommt, monatlich sogar 8469 Euro kosten lässt.

Fliegen wie die Kanzlerin

Aber auch bei jenen, die nach langem Hin- und Her unser Land wieder verlassen müssen, lässt sich der Staat nicht lumpen. Schlappe 137.000 Euro kostete kürzlich die Abschiebung von zwei hochkriminellen Kenianern mit einem Privatjet inklusive 14-köpfiger Begleitmannschaft. Damit reisten die beiden Schwarzen auf dem Niveau eines Staatschefs. Mit in der Maschine befanden sich neben der Crew neun Bundespolizisten, ein Arzt und ein Sanitäter sowie ein Beauftragter von Frontex, der als neutraler Beobachter den ordnungsgemäßen Ablauf der Abschiebung dokumentierte. Man gönnt sich, beziehungsweise dem Steuerzahler, ja sonst nichts...

And the winner is... Krefeld

Wer allerdings meint, das wäre nicht mehr zu toppen, der irrt gewaltig. Die Stadt Krefeld gibt für einen Asylbewerber gegenwärtig mehr als 1400 Euro aus.

Pro Tag, nicht pro Monat.

Monatlich belaufen sich die Kosten auf über 42.000 Euro, wie unschwer zu errechnen ist. Bisher hat der brave deutsche Steuer-Michel für die dringend benötigte „Fachkraft zur Auslastung des Justizsystems“ insgesamt 270.000 Euro aufwenden dürfen. Grund genug, sich näher mit dem Fall zu beschäftigen:



Seit März 2019 hat die Stadt Krefeld Probleme mit einem aggressiven Flüchtling, der in der Unterkunft im Ortsteil Fischeln untergebracht ist. Er ist so gefährlich, dass man sich nicht mehr anders zu helfen wusste, als rund um die Uhr zwei Security Mitarbeiter abzustellen, die ihn im Zaum halten sollen. Das kostet 1400 Euro am Tag und erleichtert somit die Stadtkasse im Monat um 42.000 Euro. Dazu kommen selbstverständlich noch die Kosten für die „normalen“ Leistungen, die ihm als Asylbewerber zustehen.

Jetzt ist der Fall an die Öffentlichkeit gelangt, obwohl die meisten Politiker des Krefelder Stadtrats die Angelegenheit gerne unter den Teppich gekehrt hätten. Schuld daran ist eine Anfrage der parteilosen Stadträtin Ruth Brauers. Sie wollte in der vergangenen Sitzung wissen, warum die Aufsichtskosten für den Asylbewerber nicht niedriger ausfallen können.

„Wir haben hier einen absoluten Ausnahmefall, den die AfD jetzt bestimmt freudig aufnehmen wird.“

... sagt Heidi Matthias, ihres Zeichens Fraktionschefin der Grünen im Krefelder Stadtrat in einem Interview mit der Lokalzeitung zu dem Thema. Da hat Frau Matthias Recht, was das Aufnehmen betrifft. Nicht nur die AfD, auch PI-NEWS nimmt den Fall auf, von Freude darüber kann allerdings keine Rede sein.

Guter Plan?

Nachdem die Öffentlichkeit dummerweise von dem Fall erfahren hat, plant man nun die Kosten zu senken. Das soll geschehen, indem man den guten Mann nur noch zur Schlafenszeit, also von 22 bis 6 Uhr, bewacht. Falls Sie, liebe Leser, die Logik dahinter nicht erkennen können, seien Sie getröstet: Wir auch nicht. Aber vielleicht liegt der tiefere Sinn der Maßnahme darin, dass sich die Kosten dann „nur“ noch auf schlappe 12.000 Euro im Monat belaufen. Ein Schnäppchen also.

Und es kommt noch besser. CDU-Fraktionschef Philibert Reuters erklärt zur rund-um-die-Uhr-Bewachung:

„Das war unumgänglich zum Schutz und der Fürsorge für die Mitarbeiter und selbstverständlich auch für alle Bewohner der Unterkunft. Neben der bekannt aggressiven Person ist es zu anderen gleichartigen Herausforderungen mit weiteren Bewohnern gekommen“.

Wenn es dumm läuft, darf sich also der Krefelder Kämmerer Ulrich Cyprian darauf freuen, künftig auch noch für einige Gleichgesinnte des zu bewachenden Hulks aus dem Morgenland das Portmonnaie zu öffnen. Dann wird halt das Klo in der Hauptschule nicht repariert, die Schlaglöcher in der Badstraße bleiben und die Rentner sammeln auf dem Weg zur Hungertafel weiterhin fleißig Pfandflaschen aus den Abfalleimern. Hilft ja nichts.

Inzwischen fährt Seehofer mit dem Geldtransporter zu Erdogan, damit uns der nicht noch mehr Flüchtlinge aufhalst und weil wir schon dabei sind, werden wir den Griechen in Kürze ein paar zehntausend davon abnehmen. Da werden sicherlich auch einige der „Marke Krefeld“ dabei sein. Gut, dass die CO₂-Steuer kommt, sonst könnten wir das alles bald nicht mehr bezahlen.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

Eugen Prinz kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS und den Blog zuwanderung.net. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine Facebook-Seite oder Twitter.